

Dr. Klaus J. Becker

Zwischen Unterdrückung, Selbstaufgabe und Verbot: Die Ludwigshafener und vorderpfälzische Arbeiterbewegung im Krisenjahr 1932/33 – eine lokalpolitische Studie

Die Parteien

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Die Agglomeration Ludwigshafen am Rhein war im Sommer 1932 sozialdemokratisch geprägt: In der Kernstadt leitete Paul Kleefoot als 2. Bürgermeister das Sozialressort und die Wirtschaftsbetriebe, Valentin Bauer war Alleinvorstand der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GAG, Karl Fischer war als ADGB-Vorbesitzender zugleich der Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion, die von 33,2 % aller Ludwigshafenerinnen und Ludwigshafener mandatiert war. Im Reichstag wurde die pfälzische Arbeiterbewegung durch den Ludwigshafener Sozialdemokraten Friedrich Wilhelm Wagner repräsentiert – Karl Fischer hatte zusätzlich ein Landtagsmandat inne. So überrascht nicht, dass nach dem Sturz des Kabinetts Brüning am 30. Mai 1932 die in Ludwigshafen erscheinende sozialdemokratische „Pfälzische Post“ zwar sofort deutlich machte, dass damit auch das Ende der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik gekommen war, aber man sich trotzdem zu „staatspolitischen“ Handeln weiter bereit erklärte.<sup>1</sup> Mit der Ernennung Franz von Papens zum Reichskanzler wurden allerdings die Töne gegen über dem von den Sozialdemokraten mit gewählten Reichspräsidenten („Hindenburg – der ungekrönte Kaiser“) schärfer.<sup>2</sup> Hatte man am 31. Mai 1932 noch an dessen Festhalten an der Verfassung geglaubt,<sup>3</sup> so sah man sich schon am 4. Juni 1932 – durch Hindenburgs Reichstagsauflösung am Parlament vorbei – eines Besseren belehrt und kurz darauf auch mit der Wiedezulassung der von Brüning verbotenen SA konfrontiert.<sup>4</sup>

Den Wahlkampf zur Neuwahl des Reichstages leitete die pfälzische SPD am 26. Juni 1932 mit einem Bezirksparteitag in Neustadt an der Haardt ein, der Friedrich Wilhelm Wagner erneut zum pfälzischen Spitzenkandidaten kürte. Überschattet wurde der Bezirksparteitag durch einen SA-Überfall auf das „Vorwärts“-Gebäude in Berlin, was den Bezirksvorsitzenden Hammer veranlasste, seine Genossen zum Gebrauch des Notwehrrechts aufzufordern.<sup>5</sup> Gleichzeitig erteilte aber der Bezirksvorstand jeglicher Zusammenarbeit mit der KPD bei der Abwehr des Faschismus eine deutliche Absage.<sup>6</sup> Der von der KPD initiierten „Antifaschistischen Aktion“, die ihre Einheitsangebote freilich nur an die sozialdemokratische Basis richtete, stellte man die eigene Forderung nach einer „Volksfront gegen Hitlerbarone“ entgegen mit der klaren Aussage: „Die Sozialdemokratie führt.“<sup>7</sup> Freilich nahm der Wahlkampf einen ganz anderen Verlauf, da die Nationalsozialisten auch in der Pfalz die politische Auseinandersetzung mit offenem Terror führten.<sup>8</sup> Angesichts

---

<sup>1</sup> Pfälzische Post Nr. 125 v. 31.5.1932 („Rücktritt des Kabinetts Brüning“).

<sup>2</sup> Vgl. die gleich lautenden Artikel in: Pfälzische Post Nr. 128 v. 3.6.1932.

<sup>3</sup> Pfälzische Post Nr. 125 v. 31.5.1932 („Rücktritt des Kabinetts Brüning“).

<sup>4</sup> Pfälzische Post Nr. 130 v. 6.6.1932 („Eine einzige Provokation!“).

<sup>5</sup> Pfälzische Post Nr. 148 v. 27.6.1932 („Auftakt zur Reichstagswahl“).

<sup>6</sup> Pfälzische Post Nr. 147 v. 25.6.1932 („An die Mitglieder der sozialdem. Partei der Pfalz“).

<sup>7</sup> Pfälzische Post Nr. 125 v. 28.6.1932 („Kriegserklärung“).

<sup>8</sup> Beispielhaft: Pfälzische Post Nr. 154 v. 4.7.1932 („Kaiserslauterer Jungsozialisten und Reichsbanner-Jugend bei Kapsweiler beworfen, beschossen und mit Lynchen bedroht! – Mehrere Schwerverletzte“); Pfälzische Post Nr. 155 v.

zunehmender Todesopfer auch auf Seiten der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung durch die entfesselten SA-Horden<sup>9</sup> musste die Parole des Parteivorstandes „Der Kampf um die Wiederherstellung geordneter Rechtszustände in der deutschen Republik ist zunächst mit aller Kraft als Wahlkampf zu führen“ als Reaktion auf die Absetzung der sozialdemokratisch geführten preußischen Landesregierung durch Hindenburg und Papen ins Leere laufen.<sup>10</sup> Zumindest blieb die erhoffte „Abrechnung“<sup>11</sup> am 31. Juli 1932 aus: Während die NSDAP in der Pfalz gegenüber 1930 von 22,8 auf 43,4 % anstieg, musste sich die SPD mit Platz drei begnügen. Freilich nahm dabei nicht nur der Rückstand zum katholischen Zentrum und der BVP weiter zu, sondern trotz einer von 82 auf 84 % gestiegenen Wahlbeteiligung hatten sich 7.762 Wählerinnen und Wähler im Vergleich zur Reichstagswahl 1930 von der SPD verabschiedet. Die Verbliebenen 97.036 repräsentierten damit nur noch 17,6 % der Gesamtwählerschaft. Trotzdem war man der Ansicht, dass „sich die Eiserne Front ganz hervorragend geschlagen hat“, da gegenüber der Landtagswahl vom 24. April 1932 in Prozenten ein kleiner Gewinn und in absoluten Wählerzahlen sogar ein Stimmengewinn von 12.670 zu verzeichnen war. Auch das Reichstagsmandat von Friedrich Wilhelm Wagner war verteidigt; entsprechend optimistisch lautete das Fazit am 1. August 1932: „Die eiserne Front steht!“<sup>12</sup> Allerdings musste das Ludwigshafener Parteiorgan bereits einen Tag später vermelden: „Brandbomben auf die Parteihäuser! Gewaltakte der Enttäuschten im ganzen Reiche“<sup>13</sup> – also die Fortsetzung der von den Nationalsozialisten ausgehenden bürgerkriegsähnlichen Unruhen; woraus man von sozialdemokratischer Seite die Konsequenz zog: „Der Kampf geht weiter!“, wie es präzise der Bundesvorstand des Reichsbanners formulierte.<sup>14</sup> Einen Tag später sprach die sozialdemokratische Reichstagsfraktion – gemeinsam mit NSDAP und KPD – der Regierung Papen das Misstrauen aus, was die neuerliche Auflösung des Reichstags zur Konsequenz hatte. Der Parteivorstand gab sich weiter optimistisch: „In eiserner Treue bleibt die Eiserne Front geschlossen und stößt zum Angriff vor. Die Zukunft Deutschlands verlangt die Niederlage der Nationalsozialisten, verlangt die Einigung des sozialistischen Arbeitervolkes durch den Sieg der Sozialdemokratie.“<sup>15</sup>

Nachdem am 19. September 1932 Hindenburg dem 6. November 1932 als Neuwahltermin für den Reichstag zugestimmt hatte, verzichte der pfälzische Bezirksvorstand auf die erneute Einberufung eines Bezirksparteitages, sondern berief am 22. September 1932 zum 2. Oktober 1932 für sämtliche Unterbezirke Unterbezirks-Konferenzen ein, die sich mit der Reichstagswahl und Organisationsfragen beschäftigen sollten.<sup>16</sup> Am 25. September 1932 tagte der Parteiausschuss der Pfalz und bestätigte diese Entscheidung des Bezirksvorstandes sowie dessen Vorschlag, die Kandidatenliste zum Reichstag in ihrer alten Zusammensetzung zu belassen, womit Friedrich Wilhelm Wagner erneut zum pfälzischen Spitzenkandidaten nominiert wurde.<sup>17</sup> Gleichzeitig wurde ein Solidaritätsaufruf für die Verfolgten und

---

5.7.1932 („Bürgerkrieg in Grünstadt“ und „Organisierter nächtlicher Feuerüberfall der Nazis in Bobenheim a. Rh.“); Pfälzische Post Nr. 156 v. 6.7.1932 („Der Nazi-Überfall in Großniedesheim-Bobenheim“).

<sup>9</sup> Pfälzische Post Nr. 167 v. 19.7.1932 („Die Liste der Toten...“).

<sup>10</sup> Pfälzische Post Nr. 169 v. 21.7.1932 („An die Partei“).

<sup>11</sup> Pfälzische Post Nr. 177 v. 30.7.1932 („Morgen wird abgerechnet“).

<sup>12</sup> Pfälzische Post Nr. 178 v. 1.8.1932 („Die Eiserne Front steht!“).

<sup>13</sup> Pfälzische Post Nr. 179 v. 2.8.1932 („SA-Aufbruch in Königsberg!“).

<sup>14</sup> Pfälzische Post Nr. 182 v. 5.8.1932 („An das Reichsbanner!“).

<sup>15</sup> Pfälzische Post Nr. 214 v. 13.9.1932 („Volkskampf für Volksrecht“).

<sup>16</sup> Pfälzische Post Nr. 224 v. 24.9.1932 („Unterbezirks-Konferenzen“).

<sup>17</sup> Pfälzische Post Nr. 226 v. 27.9.1932 („Parteiausschuß der Pfalz“).

Gefangenen der Eisernen Front veröffentlicht, die sich dem nationalsozialistischen Terror entgegengestellt hatten und hierfür zum Teil mit hohen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen bedacht worden waren. Für sie wurden in der Pfalz 14 örtliche Hilfsstellen eingerichtet.<sup>18</sup> Während die Unterbezirkskonferenzen also am 2. Oktober 1932 die „Aufgaben der Partei zur Reichstagswahl und die organisatorischen und finanziellen Grundlagen des Wahlkampfes“ behandelten,<sup>19</sup> erschien der Wahlauf Ruf des Parteivorstandes, der sich gegen Papen, NSDAP und KPD als „Front der Gegenrevolution“ wandte und stattdessen die „Eiserne Front des Volkssozialismus“ propagierte erst am 4. Oktober 1932 in der „Pfälzische Post“.<sup>20</sup> Unter dem Motto „Gegen Papen, Hitler, Thälmann! Für sozialistische Volksherrschaft!“ wurde anschließend die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in der Pfalz zu zahlreichen Kundgebungen mobilisiert, deren „imposanter“, „prächtiger“, „wuchtiger“, „gewaltiger“ usw. Verlauf, noch einmal Stärke und Kampfbeschlossenheit vermitteln sollte.<sup>21</sup> Das Wahlergebnis sprach jedoch noch eine andere Sprache: Gegenüber dem 31. Juli 1932 hatte die pfälzische Sozialdemokratie 10.489 Stimmen eingebüßt und mit 16,1 % war sie prozentual sogar noch hinter das Landtagswahlergebnis vom 24. April 1932 zurückgefallen – gleichzeitig hatte die KPD aber 10.125 Stimmen hinzugewonnen – das „Lager der Marxisten“ war also gleich geblieben. Zwar sah die pfälzische SPD diese Wählerwanderung nach links als vorübergehend an, reagierte aber selbst mit einer verbalen Radikalisierung. So war das Fazit des Wahlkampfkommentars in der „Pfälzischen Post“ nicht nur: „Es lebe der Kampf“<sup>22</sup> – verbunden mit der Forderung: „Fort mit Papen!“<sup>23</sup> – sondern auch der wiedergewählte Reichstagsabgeordnete Wagner konstatierte während seiner Wahlkampfauswertung vor der Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Ludwigshafen am 9. November 1932: „Die Schwierigkeiten einer parlamentarischen Lösung der Regierungsbildung wird die Bedeutung außerparlamentarischer Aktionen in Zukunft stark erhöhen“ und rief unter „stürmischen Beifall“ dazu auf, auf eine „Revolution von oben mit der Revolution von unten zu antworten.“<sup>24</sup> Auch auf der „Revolutions-Feier“ der Eisernen Front / Bezirk Ludwigshafen zur Erinnerung an die Novemberrevolution 1918 sprach sich der Festredner dafür aus, die „Geschlossenheit der Arbeiterklasse anzustreben.“<sup>25</sup> Da aber die KPD diesen Strategiewechsel völlig ignorierte<sup>26</sup> und weiter glaubte den „Hauptschlag“ gegen die SPD führen zu müssen, rückte umgedreht auch die KPD – gleichgesetzt mit der NSDAP – wieder in den Mittelpunkt der Wahrnehmung der politischen Gegner der Sozialdemokratie. Das Ziel war dann auch nach dem Rücktritt des Kabinetts Papen am 17. November 1932 die „Wiederbelebung des demokratischen Willens in den heute dem Diktaturgerede zum Opfer gefallenen Arbeitermassen“.<sup>27</sup> Zwar opponierte die SPD auch von Anfang an gegen das nachfolgende Präsidialkabinett Schleicher, allerdings akzentuierter: So erklärte der Bezirksvorsitzende Richard Hammer auf der Unterbezirkskonferenz der SPD Ludwigshafen am 11. Dezember 1932 zwar, dass „die Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei zum Kabinett Schleicher sei keine andere als zum Kabinett

---

<sup>18</sup> Pfälzische Post Nr. 225 v. 26.9.1932 („Hilfe unseren Verfolgten und Gefangenen“).

<sup>19</sup> Pfälzische Post Nr. 233 v. 5.10.1932 („Kampfbeschlossenheit der pfälz. Sozialdemokraten“).

<sup>20</sup> Pfälzische Post Nr. 232 v. 4.10.1932 („Für Volksstaat und Sozialismus!“).

<sup>21</sup> Sozialdemokratische Partei Deutschlands / Bezirk Pfalz: Bericht 1931/32, Ludwigshafen o.J. S. 27.

<sup>22</sup> Pfälzische Post Nr. 261 v. 7.11.1932 („Das Wahlergebnis des 6. November“).

<sup>23</sup> Pfälzische Post Nr. 262 v. 8.11.1932 („Die Lehre vom 6. November“).

<sup>24</sup> Pfälzische Post Nr. 266 v. 12.11.1932 („Aus der pfälzischen Parteiorganisation“).

<sup>25</sup> Pfälzische Post Nr. 267 v. 14.11.1932 („Revolutions-Feier der Eisernen Front“).

<sup>26</sup> Pfälzische Post Nr. 270 v. 17.11.1932 („Unsere Revolutionsfeier und die „Auch“-Arbeiter-Zeitung“).

<sup>27</sup> Pfälzische Post Nr. 284 v. 3.12.1932 („Papen erledigt“).

Papen“, aber „die positive Opposition der Partei habe bereits Erfolge erzielt.“ Verhängnisvoll war die Wahrnehmung der NSDAP, die „man allerdings nicht überschätzen dürfe.“ Trotzdem resümierte Hammer, dass „wir sehr ernsten Zeiten entgegen gehen, Zeiten, die von der Partei ganz andere Kampfformen als bisher erfordern.“<sup>28</sup> Entsprechend sollte auch der nächste Reichsparteitag, der für den „12. März 1933 und die folgende Tage“ einberufen wurde, ein „Bekanntnis zu den Lehren von Karl Marx werden.“<sup>29</sup>

Während die „Pfälzische Post“ am 31. Dezember 1932 über eine neuerliche Auflösung des Reichstages spekulierte, aber gleichzeitig erklärte, dass „die Forderung nach einer Kanzlerschaft Hitlers vom Reichspräsidenten erfüllt werden könnte, ist kaum anzunehmen“,<sup>30</sup> begrüßte sie das Jahr 1933 mit der Schlagzeile: „Faschismus geschlagen – Sozialismus erringen.“ und der Feststellung: „zu Beginn des Jahres 1933 können wir sagen, dass die kämpfende Sozialdemokratie, die entschlossene Eiserner Front die letzten politischen Freiheiten verteidigt und gerettet haben.“<sup>31</sup> Nachfolgende Schlagzeilen, wie „Nazi-Terror und Mord“<sup>32</sup> oder „Ein Arbeiter-Ferienheim niedergebrannt“<sup>33</sup> belegten jedoch das Gegenteil. Auch die Gleichsetzung von „Nazis“ und „Kozis“ wurde nun zunehmend wieder aufgegeben und auf den Aufmarsch der SA vor dem Karl-Liebknecht-Haus in Berlin mit der Forderung reagiert: „Proletarier Deutschlands vereinigt euch!“<sup>34</sup> Die kommunistische Gegenkundgebung wurde als „Glänzende kommunistische Demonstration“ bewertet und selbstkritisch festgestellt, dass die „relativ besser gestellten Arbeiter“ zur Politik der Sozialdemokratie neigten, während „die schlechter Gestellten mehr Neigung zur kommunistischen Gefühlspolitik zeigten.“<sup>35</sup> Und noch nach dem Rücktritt Schleichers am 28. Januar 1933 sah die „Pfälzische Post“: „Die Arbeiterschaft zur Abwehr entschlossen.“<sup>36</sup> Die Stunde der Bewährung folgte am 30. Januar 1933: Während sich das ZK der KPD mit seinem Aufruf zum Generalstreik<sup>37</sup> erneut nur an die sozialdemokratischen Arbeiter wandte, hielt der Parteivorstand der SPD am strikten Legalitätsprinzip fest und warnte vor jedem „undiziplinierten Vorgehen.“<sup>38</sup> Das Ergebnis der beidseitigen Kooperationsunfähigkeit war auch in der Pfalz die kampfflose Machtüberlassung an Hitler. Während in Berlin schon erste Versammlungsverbote für die Eiserner Front erlassen wurden und der „Vorwärts“ erstmals für drei Tagen verboten wurde, war hier aber noch den Sozialdemokraten ein ungehindertes Zusammentreten möglich: So beteiligten sich rund 20.000 Ludwigshafener am 3. Februar 1933 an einem Aufmarsch der Eisernen Front<sup>39</sup> und auch der 38. Bezirksparteitag konnte am 4. und 5. Februar 1933 in Pirmasens zusammentreten – allerdings unter dem Schutz eines größeren Aufgebotes Schupo; Richard Hammer wurde erneut zum Bezirksvorsitzenden gewählt – ebenso Friedrich Wilhelm Wagner zum Spitzenkandidaten für die

---

<sup>28</sup> Pfälzische Post Nr. 295 v. 16.12.1932 („Unterbezirkskonferenz in Ludwigshafen“).

<sup>29</sup> Pfälzische Post Nr. 296 v. 17.12.1932 („Der Parteitag in Frankfurt“).

<sup>30</sup> Pfälzische Post Nr. 301 v. 31.12.1932 („Im März Reichstagswahlen“).

<sup>31</sup> Pfälzische Post Nr. 1 v. 2.1.1933 („Heraus zum neuen Freiheitskampf“).

<sup>32</sup> Pfälzische Post Nr. 8 v. 10.1.1933 („Die „Erneuerer Deutschlands“ an der Arbeit“).

<sup>33</sup> Pfälzische Post Nr. 9 v. 11.1.1933 („Hitlers Banditen an der Arbeit“).

<sup>34</sup> Pfälzische Post Nr. 19 v. 23.1.1933 („Die Nazi-Demonstration auf dem Bülowplatz“).

<sup>35</sup> Pfälzische Post Nr. 22 v. 26.1.1933 (Glänzende kommunistische Kundgebung“).

<sup>36</sup> Pfälzische Post Nr. 23 v. 30.1.1933 („Die Arbeiterschaft zur Abwehr entschlossen“).

<sup>37</sup> Dokument 6 abgedruckt bei Hermann W. Morweiser, Auch in Ludwigshafen gab es Widerstand gegen den Faschismus, Ludwigshafen a. R. 1981.

<sup>38</sup> Pfälzische Post Nr. 26 v. 31.1.1933 („Arbeitendes Volk“).

<sup>39</sup> Pfälzische Post Nr. 30 v. 4.2.1933 („Ludwigshafen bleibt rot!“).

Reichstagswahl.<sup>40</sup> Den anschließenden Reichstagswahlkampf führte die pfälzische SPD mit zahlreichen antifaschistischen Kundgebungen der Eisernen Front, beginnend in Ludwigshafen und seinen Stadtteilen, wobei im Gegensatz zum Reich noch blutige Zusammenstöße mit der SA die Ausnahme blieben – freilich auch, weil die nationalsozialistischen Hochburgen gemieden wurden.<sup>41</sup> Auch die Notverordnung „Zum Schutze von Volk und Staat“ am 28. Februar 1933, der am 27. Februar 1933 der Reichstagsbrand vorausgegangen war, wirkte sich noch nicht unmittelbar auf die pfälzische Sozialdemokratie aus, während in Preußen schon sämtliche sozialdemokratische Zeitungen verboten wurden.<sup>42</sup> So ist auch nur zur erklären, dass die „Pfälzische Post“ das mit SA-Terror und KPD-Unterdrückung zustande gekommene Wahlergebnis vom 5. März 1933 mit „Votum des Volkes“ überschrieb<sup>43</sup> – um sich dann allerdings gleich in der nächsten Ausgabe vom Parteivorstand korrigieren zu lassen, der feststellte: „Diese Wahlen geben kein Bild des Volkswillens“ und schon die Parole ausgab: „Haltet der Partei die Treue.“<sup>44</sup> Hoffnung sollte sicher noch einmal die Kommentierung des eigentlichen Wahlergebnisses verbreiten, mit Schlagzeilen wie: „Die Sozialdemokratie unerschütter!“ oder „Ein Ruhmestag der Partei.“<sup>45</sup> Tatsächlich hatte sich die SPD auch in der Pfalz im Vergleich zum 6. November 1932 von 86.544 auf 98.404 Stimmen verbessert und das Reichstagsmandat für Friedrich Wilhelm Wagner gehalten. Mit 46,5 % für die NSDAP war aber nun auch in der Pfalz der Damm gebrochen: Am 7. März 1933 wehten die ersten Hakenkreuzfahnen auf pfälzischen Rathäusern,<sup>46</sup> am 10. März 1933 wurde die „Pfälzische Post“ besetzt. So konnte das SPD-Organ nicht mehr über die Erschießung des Sozialdemokraten Georg Hüter noch am gleichen Morgen in Oppau berichten,<sup>47</sup> ebenso wenig über das Verbot des Reichsbanners, der Eisern Front und der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ). In der Folge wurde noch am gleichen Tag – neben zahlreichen weiteren pfälzischen Reichsbannerführern – der Gauvorsitzende und MdR Friedrich Wilhelm Wagner verhaftet. Glückliche Umstände ermöglichten ihm am 11. März 1933 die Flucht aus der Pfalz. Andere wie der Bezirksvorsitzende Hammer, der Bezirkssekretär Bögler oder der Ludwigshafener Bürgermeister Kleefoot kamen jedoch in „Schutzhaft.“<sup>48</sup> Dennoch hielt der Parteiausschuss der SPD in Berlin auch am 14. März 1933 – unter Teilnahme von Adolf Ludwig und Georg Setzer – am Grundsatz strikter Legalität fort. In die Pfalz zurückgekehrt, formulierte Setzer am 20. März 1933 ein gleich lautendes Rundschreiben an die Ortsvereine. Das letzte organisatorische Zusammentreffen in der Pfalz erfolgte Anfang April 1933 – nach dem Erlass des „Vorläufigen Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ am 31. März 1933 – im Rahmen einer Konferenz der Unterbezirksvertreter in Ludwigshafen, die entsprechend dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März 1933 Fritz Ober und Georg Setzer für den pfälzischen Kreistag und Adolf Ludwig und Franz Bögler für den Landtag nominierten. Am 29. April 1933 stimmten beide im Landtag gegen das „Gesetz zur Behebung der Not des Bayerischen Volkes und Staates“, das jeden weiteren politischen Willkürakt der neuen Herrscher legalisieren sollte. Da

---

<sup>40</sup> Pfälzische Post Nr. 31 v. 6.2.1933 („Einig und kampftentschlossen!“).

<sup>41</sup> Vgl. den Wahlkampfkalender der pfälzischen SPD: „Für Freiheit gegen Knechtschaft“. Exemplarisch hierfür: Pfälzische Post Nr. 52 v. 2.3.1933.

<sup>42</sup> Pfälzische Post Nr. 50 v. 28.2.1933 („Brandattentat auf das Reichstagsgebäude“).

<sup>43</sup> Pfälzische Post Nr. 55 v. 06.03.1933 („Das Votum des Volkes“).

<sup>44</sup> Pfälzische Post Nr. 56 v. 7.3.1933 („An die Partei“).

<sup>45</sup> Pfälzische Post Nr. 56 v. 7.3.1933 („Der 5. März und seine Lehren“).

<sup>46</sup> Pfälzische Post Nr. 57 v. 8.3.1933 („Hakenkreuzfahnen auf pfälzischen Rathäusern“).

<sup>47</sup> Günther Janson, Der. 10. März 1933 in Oppau, in: Manfred Geis/ Gerhard Nestler (Hrsg.), Die pfälzische Sozialdemokratie, Edenkoben 1999, S. 532-535.

<sup>48</sup> Günter Braun, Verfolgung – Emigration – Widerstand, in: Ebd., S. 508.

anschließend in den Gemeinde- und Stadträten die Sozialdemokraten schon nach der ersten Sitzung wieder aus den Gremien „hinausbefördert“ wurden, begann schließlich auch die Parteibasis einzubrechen. Das formale Verbot der SPD am 22. Juni 1933 traf eine in Pfalz schon real nicht mehr existierende Organisation.<sup>49</sup>

## Die Sozialistische Arbeiterpartei

Realen politischen Einfluss erhofften auch die wenigen pfälzischen Sozialdemokraten zu erlangen, die sich nach dem 4. Oktober 1931 der neu gegründeten SAP angeschlossen hatten. Für das Wahljahr 1932 definierte die SAP als wichtigste Aufgabe, eine einheitliche Front aller deutschen Arbeiter zur Abwehr des Faschismus zu erreichen. Angestrebt wurde der Zusammenschluss von SPD, SAP und KPD zu einer einzigen Arbeiterpartei, so der Tenor einer Werbeveranstaltung der SAP („Durch Klasseneinheit zum Sieg“) am 4. Februar 1932 in Roxheim.<sup>50</sup> Nach dem Verzicht der SPD auf einen eigenen Reichstagskandidaten näherte sich die SAP aber immer mehr der KPD an. Am 19. Februar 1932 beschloss der Parteivorstand bei der Reichspräsidentenwahl den KPD-Kandidaten Thälmann zu unterstützen. Welch geringes eigenes Potential die SAP aber tatsächlich in die Wagschale werfen konnte, veranschaulichte die auf die Reichspräsidentenwahlen folgende bayerische Landtagswahl am 24. April 1932. In der Pfalz votierten nur 3.203 Wähler (0,6 %) für die Kandidaten der SAP, aber 48.702 für die der KPD und 84.333 für die der SPD. Zwischen KPD und SPD war ersichtlich kein Platz mehr für eine dritte Arbeiterpartei. Entsprechend setzte die SAP ihre Einheitsfrontbemühungen fort, beteiligte sich an kommunistischen Demonstrationen und arbeitete auch in der von KPD organisierten Antifaschistischen Aktion mit. Freilich nur auf der von der KPD gewünschten untersten Ebene der Einzelmitglieder, da sie jedes offizielle organisatorische Bündnis mit der SAP-Führung und natürlich auch mit den SPD-Vorständen ablehnte. Trotzdem beschloss der SAP-Parteivorstand am 14. Juli 1932 eine Listenverbindung mit KPD zur Reichstagswahl am 31. Juli 1932.<sup>51</sup> Auch wenn so keine Stimmen verloren gingen, dürfte das Ergebnis für die pfälzische Parteiorganisation niederschmetternd gewesen sein: 730 Stimmen (0,1 %) – binnen drei Monate ein Verlust von 2.500 Wählern! Die Folge davon war die Zunahme der liquidatorischen Tendenzen in der SAP, die sich in Austritte, Rückkehr zur SPD oder Übertritt zur KPD manifestierten. Folglich belegte der 6. November 1932 mit 451 Stimmen dann das Ende der Organisation auch in der Pfalz. Die linkssozialdemokratische Parteivorstandsmehrheit empfahl daher Ende Februar 1933 die Auflösung der SAP und den Übertritt zur SPD (Seydewitz) bzw. KPD (Rosenfeld). Die rechtskommunistische Parteivorstandsminderheit folgte jedoch nicht diesem Ansinnen und führte die Organisation unter den Bedingungen des „Ermächtigungsgesetzes“ illegal fort.<sup>52</sup> Auch in der Pfalz ging die Mehrheit der verbliebenen Mitglieder in den Untergrund. Erst 1938 wurden die letzten pfälzischen SAP-Strukturen mit Schwerpunkt in Ludwigshafen von der Gestapo zerschlagen.<sup>53</sup>

## Die Kommunistische Partei Deutschlands

---

<sup>49</sup> Georg Setzer, Wir kamen wieder!, in: Ebd., S. 537-541.

<sup>50</sup> Gerhard Nestler, Gegen Hitler-Diktatur und Krieg – Die SAP in der Pfalz von 1931-1938, in: Neue Pfälzische Post Nr. 13 v. 12.1984., S. 15.

<sup>51</sup> Sozialistische Arbeiter Zeitung Nr. 157 v. 16.7.1932 („SAP-Liste 3a“).

<sup>52</sup> Heinz Niemann, Der. I. Parteitag der SAP. Ausbruch und Verlauf der innerparteilichen Krise bis zur Auflösung der Partei, in: Heinz Niemann (Hg.), Auf verlorenem Posten? Zur Geschichte der Sozialistischen Arbeiterpartei, Berlin 1991., S. 174-180.

<sup>53</sup> Günter Braun, Einleitung zu: Karl Nord, Im Kampf gegen Unrecht und für die Freiheit, Ludwigshafen a. R. 1986, S. 10-16.

Dass die Weltwirtschaftskrise nicht nur den Durchbruch der NSDAP in der Pfalz bewirkte, sondern auch die KPD begünstigte, belegt die Gründung neuer kommunistischer Ortsgruppen und die Erreichung neuer Wähler gerade im ländlichen Raum bei den fünf 1932 in der Pfalz durchgeführten Wahlkämpfen. Auftakt hierzu war der erste Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl am 13. März 1932. Der kommunistische Kandidat Thälmann erhielt in der Pfalz 63.434 Wählerstimmen und erzielte damit das bisher beste Ergebnis für die KPD. Schon am 24. April 1932 wurden die Wähler in Bayern anlässlich der Landtagswahlen erneut zu den Urnen gerufen. Herbert Müller konnte sein Landtagsmandat verteidigen. Da die NSDAP außer in der Pfalz und Bayern auch bei den gleichzeitigen Landtagswahlen in Preußen und Württemberg deutliche Wahlerfolge verzeichnete, wandte sich das ZK der KPD und das Reichskomitee der RGO bereits einen Tag nach den Landtagswahlen an alle sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und forderte sie zur Einheitsfront des Kampfes gegen Kapital und Faschismus auf – verbunden freilich mit einer neuerlichen, jede tatsächliche Einheitsfront hemmenden Kritik an der Führung der SPD und der ADGB-Gewerkschaften.<sup>54</sup> Auch ein gleichzeitiger Aufruf zum „Roten Kampfmai 1932“<sup>55</sup> konnte nur schwerlich sozialdemokratische Arbeiter erreichen, da die KPD hierzu mit dem Bildnis Stalins mobilisierte.<sup>56</sup>

Am 25. Mai 1932 proklamierte die KPD die „Antifaschistische Aktion“ zur Abwehr der NSDAP.<sup>57</sup> Die dadurch ermöglichte Zusammenarbeit zwischen Gliederungen der KPD und der SPD zur Abwehr des Nationalsozialismus drohte sich jedoch in den Augen der Kominternführung zu verselbständigen, so dass mitten im Reichstagswahlkampf das Sekretariat des ZK der KPD am 14. Juli 1932 die Bezirksleitungen vor Fehlern bei der Durchführung der Einheitsfrontpolitik warnen und Vereinbarungen auch zwischen untergeordneten Leitungen beider Arbeiterparteien untersagen musste.<sup>58</sup> Trotzdem hatte sich die Ausrufung der Antifaschistischen Aktion für die KPD ausgezahlt. So gelang es ihr bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932, im Wahlkreis 27 Pfalz 58.968 Wähler (10,7 %) zu mobilisieren. Dadurch war sie nach den Amtsbezirken Landstuhl und Pirmasens-Stadt nun auch in Kusel, Waldmohr und Speyer-Land zur stärkeren Arbeiterpartei geworden. Der Ludwigshafener Eugen Herbst wurde in den Reichstag gewählt. Unter dem Eindruck dieser Erfolge setzte die KPD zunächst ihre Strategie der „Einheitsfront von unten“ fort. So bildete sich noch im August 1932 eine „Vereinigung zur Abwehr des Faschismus“ aus Angehörigen von SPD, SAP und KPD in Neustadt an der Haardt.<sup>59</sup> Ein jähes Ende fand die Antifaschistische Aktion jedoch durch das XII. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vom 27. August bis zum 15. September 1932 in Moskau. Dieses proklamierte „einen neuen Turnus der Revolutionen und Kriege“, weshalb der „Hauptschlag“ gegen die Sozialdemokratie als „soziale Hauptstütze der Bourgeoisie“ gerichtet werden sollte, um die Bourgeoisie selbst erfolgreich schlagen zu können. Dass sich die KPD auf ihrer 3. Reichsparteikonferenz vom 15. bis 18. Oktober 1932 in Berlin diese Thesen zu eigen machte, sollte für die Partei nur wenige Monate später katastrophale Folgen haben.<sup>60</sup>

---

<sup>54</sup> Arbeiter-Zeitung Nr. 97 v. 26.4.1932 („An alle deutschen Arbeiter“).

<sup>55</sup> Arbeiter-Zeitung Nr. 97 v. 26.4.1932 („Roter Kampfmai“).

<sup>56</sup> Arbeiter-Zeitung Nr. 101 v. 30.4.1932 („Mit Stalin der sozialistischen Gesellschaft entgegen“).

<sup>57</sup> Arbeiter-Zeitung Nr. 121 v. 27.5.1932 („Antifaschistische Aktion“).

<sup>58</sup> Rundschreiben Nr. 14. Anweisungen des Sekretariats des ZK der KPD, in: Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929-1933“, Düsseldorf 1981, S. 526 ff.

<sup>59</sup> Judith Friedmann, Die politische Radikalisierung in der Pfalz zu Beginn der Dreißiger Jahre. Magisterarbeit an der Universität Mannheim 1993, S. 45.

<sup>60</sup> Hermann Weber, Einleitung zu: „Die Generallinie.“, Düsseldorf 1981, S. LII ff.

Da die KPD am 6. November 1932 bei der – nach der Reichstagsauflösung vom 12. September 1932 – notwendig gewordenen erneuten Reichstagswahl mit 16,9 % der Wählerstimmen ihr bestes Wahlergebnis in der Weimarer Republik erzielte, glaubte die KPD-Führung an die Richtigkeit der neuen Generallinie. In der Pfalz votierten 69.111 Wähler (12,9 %) für die Liste der Kommunisten. Neben Landstuhl, Kusel, Waldmohr, Pirmasens-Stadt und Speyer-Land war sie jetzt auch noch im Amtsbezirk Kaiserslautern-Land zur stärksten Arbeiterpartei geworden. Als Nachfolger von Eugen Herbst vertrat nun Fritz Benedum aus Kusel die pfälzischen Kommunisten im Reichstag. Entsprechend sprach die badisch-pfälzische Bezirksleitung in ihrem umfangreichen Bericht an den im Dezember 1932<sup>61</sup> abgehaltenen 1. Bezirksparteitag der KPD Bezirk Baden-Pfalz von einem „revolutionären Aufschwung“, wobei der „Antifaschistische Kampf“ in erster Linie gegen die Sozialdemokratie geführt worden sei! Bemerkenswerterweise war es der KPD damit bei den Reichstagswahlen vom November 1932 zwar gelungen, in Baden erstmals die SPD als stärkste Arbeiterpartei abzulösen, gleichzeitig verschwieg die Bezirksleitung in ihrem Bericht jedoch, dass die NSDAP sowohl in der Pfalz als auch in Baden inzwischen mehr Wähler gewonnen hatte, als KPD und SPD gemeinsam mobilisieren konnten.<sup>62</sup> Entsprechend stand die KPD auch in Baden-Pfalz am 30. Januar 1933 – ausgehend von ihrer ebenfalls völlig falschen Analyse der realen Gefahr durch die Hitlerbewegung - der Machtübergabe an die Nationalsozialisten wie gelähmt gegenüber. Wie bereits erwähnt, wandte sich das ZK mit einem Aufruf zum Generalstreik zwar auch an die sozialdemokratische Arbeiterschaft. Dieser blieb jedoch durch das Fehlen der notwendigen Voraussetzungen für eine sofortige gemeinsame Aktion nach der langen heftigen Feindschaft zwischen beiden Parteien folgenlos.<sup>63</sup> Dafür wurden noch am gleichen Tag von der Polizei in Ludwigshafen das Parteibüro und die Wohnungen von Funktionären der KPD durchsucht. Trotzdem gelang es der Bezirksleitung Baden-Pfalz am 31. Januar 1933, unter Einbeziehung der Ludwigshafener Parteioorganisation, in Mannheim noch einmal einen „Antifaschistischen Massenaufmarsch“ mit rund 10.000 Teilnehmern durchzuführen.<sup>64</sup> Unbeeindruckt von der Reichstagsauflösung am 1. Februar 1933 und dem Demonstrationsverbot für die KPD ab dem 2. Februar 1933 sprach deren Parteileitung bereits am 3. Februar 1933 wieder von den „Sozialfaschisten“. Konsequenterweise wurde der von der SPD als Voraussetzung für eine Zusammenarbeit geforderte „Nichtangriffspakt“ zwischen beiden Parteien von der KPD-Führung abgelehnt und von ihr weiter nur eine „Einheitsfront von unten“ propagiert. So stand die deutsche Arbeiterbewegung der Legalisierung des faschistischen Terrors durch die Notverordnung „zum Schutze des deutschen Volkes“ am 2. Februar 1933 gespalten und kampfunfähig gegenüber.<sup>65</sup> Zwar verstärkte die KPD die Umstellung auf die Illegalität nun auch im Bezirk Baden-Pfalz – die Mitglieder der Bezirksleitung wurden seit dem 10. Februar 1933 mit Haftbefehl gesucht – wurde aber trotzdem von der Polizeiaktion zur Durchsetzung der Notverordnung „zum Schutz von Volk und Staat“ am 28. Februar 1933 überrascht. Letzterer war am 27. Februar 1933 der Reichstagsbrand vorausgegangen, den die

---

<sup>61</sup> Der Bezirksparteitag war ursprünglich bereits für Mai 1931 vorgesehen gewesen, aber vom ZK der KPD immer wieder bis schließlich in den Dezember 1932 verschoben worden. Vgl. die entsprechenden Rundschreiben des ZK an alle Bezirksleitungen zur Vorbereitung der Bezirksparteitage zwischen März 1931 und Oktober 1932, in: Die Generallinie (wie Anm. 60), S. 296 ff.

<sup>62</sup> „Zwei Jahre Kampf“. Bericht der Bezirksleitung an den 1. Bezirksparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands Bezirk Baden-Pfalz, Mannheim 1932.

<sup>63</sup> Der Aufruf vom 30. Januar zum Generalstreik wurde am 31. Januar 1933 von der KPD in der Pfalz als Extra-Ausgabe der „Arbeiter-Zeitung“ und als Flugblatt vertrieben. Originale als Dokument 4-6 abgedruckt bei Morweiser (wie Anm. 37).

<sup>64</sup> Arbeiter-Zeitung Nr. 27. v. 1.2.1933 („Die gewaltige Riesenkundgebung des roten Mannheim“).

<sup>65</sup> Siegfried Bahne, Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Erich Matthias/ Rudolf Morsey (Hgg.), Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1984, S. 682.

Nationalsozialisten noch in der gleichen Nacht als Auftakt zur Festnahme von 1.500 kommunistischen Funktionären in Berlin und 10.000 im Reich nutzten.<sup>66</sup> In der Pfalz wurden sämtliche Versammlungen und Kundgebungen der KPD verboten und die Parteibüros geschlossen. Auch die Ludwigshafener „Arbeiter-Zeitung“ musste ihr Erscheinen endgültig einstellen, nachdem sie bereits zwischen dem 13. und 17. Februar 1933 wegen „Beschimpfung der Reichsregierung“ verboten worden war.<sup>67</sup>

Mit dem 28. Februar 1933 war die KPD, die formell selbst nicht verboten wurde, in Deutschland illegal und ihres gesamten Vermögen verlustig. Bereits am 3. März 1933 wurde der Parteivorsitzende Thälmann in seinem illegalen Quartier in Berlin verhaftet. Dennoch konnte die KPD bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 noch einmal 4.848.000 Millionen Wähler (12,3 %) für sich mobilisieren. In der Pfalz votierten 53.284 (9 %) Wähler für die KPD. Berücksichtigt man den Terror, dem die Partei vor allem in der letzten Woche des Wahlkampfes ausgesetzt gewesen war, zeigten die KPD-Wähler eine erstaunliche Standfestigkeit. Fritz Benedum wurde erneut in den Reichstag gewählt. Wie alle 81 am 5. März 1933 gewählten Abgeordneten der KPD konnten er den Reichstag nicht einmal mehr betreten, denn unter offenem Bruch der Verfassung waren die KPD-Abgeordneten von der faschistischen Regierung bereits festgenommen, verfolgt oder gar schon ermordet worden.<sup>68</sup> Dies galt auch für die Mandatsträger der KPD auf der Ebene der Landes- und Kommunalparlamente. Mit dem Ermächtigungsgesetz („Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“) vom 23. März 1933 und dem „Vorläufigen Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ vom 31. März 1933 wurde dieser Willkürakt legalisiert. Der Aberkennung der Reichstags- und Landtagsmandate der KPD folgte im April 1933 auch die Entziehung der Kommunalmandate, da die Stimmenanteile der KPD vom 5. März 1933 bei der Neuzusammensetzung der Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialparlamente entsprechend dem Reichstagswahlergebnis nicht berücksichtigt wurden.<sup>69</sup> Im Gegensatz zur SPD verblieb der pfälzischen KPD aber kein halblegales Intermezzo mehr, denn die nächste Verhaftungswelle gegen KPD-Funktionäre folgte schon am 5. März 1933 und zerschlug die bis zur Reichstagswahl ihr noch belassenen letzten Strukturen. In den folgenden Wochen und Monaten musste die Partei in der Illegalität neu formiert werden.

## Linke Opposition der KPD

Auf bereits bestehende Strukturen in der Pfalz konnte die am 30. März 1930 in Berlin gegründete „Vereinigte Linke Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten)“ (VLO) zurückgreifen. In ihr sammelten sich die Anhänger Trotzki in Deutschland, die sich in der Pfalz bereits früh als „Weddinger Opposition“ innerhalb der KPD organisiert hatten und ultralinke Positionen vertraten. Erst durch den Ausschluss führender „Weddinger“ (Hans Weber, Fritz Baumgärtner, Max Frenzel) im Frühjahr 1928 gelang es dem Berliner ZK die pfälzische KPD auf Moskauer Kurs zu bringen. Die Ausgeschlossenen organisierten sich zunächst als „Alte Kommunistische Partei“ und gewannen am 5. Dezember 1929 durch 1.017 Wählerstimmen als „Linke Opposition der KPD“ ein Stadtratsmandat in Ludwigshafen für

---

<sup>66</sup> Hermann Weber, Die Kommunisten, in: Erich Matthias Hermann Weber (Hgg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim, Mannheim 1984, S. 258 f. sowie Klaus Schönhoven, Reformismus und Radikalismus, München 1989, S. 175 f.

<sup>67</sup> Lothar Meinzer, Die Pfalz wird braun, in: Gerhard Nestler/ Hannes Ziegler (Hgg.), Die Pfalz unterm Hakenkreuz, 2. Auflage, Landau 1997, S. 38. Ebd. Günter Braun, Sozialdemokratischer und kommunistischer Widerstand in der Pfalz, S. 384 und Fritz Salm, Im Schatten des Henkers, Frankfurt a. M. 1979, S. 70 ff.

<sup>68</sup> Ossip K Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, 2. Auflage, Frankfurt a. M. 1976, S. 287 f.

<sup>69</sup> In Bayern wurden die Ausführungsverordnungen am 7. April 1933 verkündet und eine Neukonstituierung der Kommunalparlamente unter Ausschluss der KPD bis zum 27. April 1933 angeordnet.

Max Frenzel. 1930 überführte Frenzel die pfälzischen Trotzlisten in die VLO, um sich bereits 1931 mit seinen Ludwigshafener Anhängern einer Oppositionsgruppe gegen Trotzki („Linke Opposition der KPD“) um den Österreicher Kurt Landau anzuschließen. Während Frenzels Organisation dann bis 1933 in der Pfalz diese trotzkistische Minderheitsgruppe repräsentierte und zunehmend an politischen Einfluss verlor, verblieben die organisierten Anhänger Trotzki in Kaiserslautern und Neustadt bis 1933 bei der gleichnamigen, aber von Trotzki „autorisierten“, Mehrheitsgruppe – ohne aber in der Pfalz realen politischen Einfluss zu erreichen.<sup>70</sup>

## Der Leninbund

Lediglich eine Ortsgruppe in der Pfalz unterhielt der Leninbund. Diese linkskommunistische Organisation hatte sich zu Ostern 1928 als Sammelbecken derjenigen KPD-Mitglieder gegründet, die während der Fraktionskämpfe in der Kommunistischen Internationale und der KPdSU (B) für Grigori Sinowjew Partei ergriffen hatten und nachfolgend aus der KPD ausgeschlossen worden waren. In der Pfalz lag ihr organisatorischer Schwerpunkt in Speyer. Dort gelang es auch der Ortsgruppe des Leninbundes bei der Stadtratswahl am 8. Dezember 1929 mit 495 Stimmen / 3,9 % das einzige pfalzweite Mandat für den Leninbund zu erringen. Julius Priefer nahm den Stadtratssitz bis 1933 wahr, obwohl seine Organisation bereits 1931 in Bayern verboten wurde. Die Mitglieder des Speyerer Leninbundes wirkten trotzdem bis 1933 in den hiesigen Organisationen der Arbeiterbewegung.<sup>71</sup>

## Die Gewerkschaften

### Die Freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften

Auch in Ludwigshafen und der Vorderpfalz war der am 5. Juli 1919 gegründete Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) der Dachverband der Freien Einzelgewerkschaften. Die Freien Gewerkschaften waren als Richtungsgewerkschaften nicht politisch neutral, sondern verstanden sich als ökonomischer Arm der sozialistischen Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaften des ADGB erreichten 1920 einen Höchststand von über 8 Millionen Mitgliedern. Durch die hohe Arbeitslosigkeit ging diese Zahl deutlich zurück: Ende 1932 wird die Mitgliederzahl auf noch 3,5 Millionen geschätzt. Trotz der Spaltung der SPD während des Ersten Weltkriegs bestand eine enge Bindung der Freien Gewerkschaften an die größte Arbeiterpartei. Gemeinsam gründete man Ende 1931 die Eiserne Front gegen die erstarkende NSDAP. Auch nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten verweigerte sich die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterbewegung bei den im März 1933 angelaufenen Betriebsratswahlen zunächst den neuen Herrschern. Als reichsweit in 1.387 Betrieben nur 11,7 % aller Betriebsräte mandate auf die NSBO entfallen waren, unterbrach die Regierung die Wahl mit dem Gesetz über die Betriebsvertretungen vom 4. April 1933 zunächst bis zum September 1933, ohne sie dann fortsetzen. In Ludwigshafen z.B. errang die NSBO im Werk Giulini nur vier Sitze gegenüber sieben einer Einheitsliste aus ADGB, RGO und Christlichen Gewerkschaften. Mit dem Gesetz vom 4. April wurden die Arbeitgeber ermächtigt, Betriebsangehörige bei „Verdacht staatsfeindlicher Tätigkeit“ zu entlassen. Allerdings war spätestens seit den gescheiterten Betriebsratswahlen innerhalb der NSDAP-Führung ohnehin

---

<sup>70</sup> Klaus J. Becker, Die KPD in Rheinland-Pfalz, Mainz 2001, S. 45.

<sup>71</sup> Klaus J. Becker, Zwischen ultralinken Parteioptionen und titoistischer Verfemung, in: Mitteilungen des historischen Vereins der Pfalz, 103 (2005), S. 346.

die Entscheidung gefallen, die Gewerkschaften am 2. Mai 1933 aufzulösen.<sup>72</sup> Trotzdem versuchte die Gewerkschaftsführung, die eigenen Organisationen durch einen Kurs der Anbiederung an die NSDAP zu retten und bot im April 1933 sogar an, sich „in den Dienst des neuen Staates zu stellen“. Gleichzeitig distanzierte sich der Vorsitzende Theodor Leipart von der SPD und erklärte den ADGB für parteipolitisch neutral. Höhepunkt dieser Politik war der Aufruf des Bundesvorstandes zur Teilnahme am „Feiertag der nationalen Arbeit“, zu dem die NS-Führung den 1. Mai umdeuten wollte. Der Dank des Regimes für die ADGB-Aufforderung „allerorts an den von der Regierung veranlassten Feiern zu beteiligen“ erfolgte am nächsten Morgen: Um zehn Uhr besetzten SA- und SS-Kommandos das Ludwigshafener Gewerkschaftshaus und verhafteten sechs Bezirkssekretäre des ADGB. Das Gewerkschaftsvermögen wurde konfisziert; die Gewerkschaftspresse wurden nun im Sinne der Herrschenden redigiert. Am 6. Mai 1933 wurde die „Deutsche Arbeitsfront“ anstelle des ADGB und der kleineren Verbände außerhalb des ADGB propagiert.<sup>73</sup>

### Die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition

Nachdem der IV. Weltkongress der Roten Gewerkschafts-Internationale (RGI) und der VI. Weltkongress der Kommunistischen Internationale (Komintern) einen ultralinken Kurs gegen die Sozialdemokraten beschlossen hatte, begannen die KPD 1928 mit einer systematischen Fraktionsarbeit im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB), der sich mit Ausschlüssen zur Wehr setzte. Am 14. März 1929 beschloss das ZK der KPD, die aus den Gewerkschaften ausgeschlossenen Parteimitglieder zu registrieren. Der im Juni 1929 aus dem DMV ausgeschlossene Michael Niederkirchner gründete eine Hilfsorganisation für Ausgeschlossene, die zur Keimzelle der RGO wurde. Die im ADGB verbliebenen KPD-Mitglieder gingen zu einer prinzipiellen Opposition über. Seit 1930 wurde die RGO als „rote Klassengewerkschaft“ propagiert und mehrfach Übertrittskampagnen eingeleitet. Durch die organisierte Gewerkschaftsspaltung wurde auch Teilen der ehemaligen ultralinken Opposition eine Rückkehr zur KPD ermöglicht. So übernahm z.B. Fritz Baumgärtner 1931 die Leitung der RGO in Ludwigshafen. Anlässlich der Betriebsratswahlen 1931 wurde eine breite Kampagne für die Wahl „roter Betriebsräte“ und damit „roter Streikführer“ gestartet. Allerdings war dann die Steigerung des Stimmenanteils für die RGO unter den Arbeitern der BASF auf nur 23,8 % für die pfälzischen Kommunisten in Anbetracht der sich vertiefenden Wirtschaftskrise sehr enttäuschend. 1932 war die Masse der Mitglieder arbeitslos: Die Gesamtmitgliederzahl wurde mit 322.000 angegeben. Entsprechend schmal war die Basis der vereinzelt Versuche innerbetrieblichen kommunistischen Widerstandes im Untersuchungsgebiet ab April 1933.<sup>74</sup>

### Die Arbeitervereine am Beispiel des vorderpfälzischen Arbeitersports

Neben Partei und Gewerkschaft war für den klassenbewussten Arbeiter die ergänzende Mitgliedschaft in einem Arbeitergesangsverein, bei den Naturfreunden, beim Arbeitersport oder in der Konsumgenossenschaft selbstverständlich. Parallel zur Aufgabe der Gewerkschaftseinheit vollzog sich ab 1928 auch hier die Spaltung. Entsprechend war eine gemeinsame Front gegen den Faschismus nicht möglich – vielmehr ging man auch 1932

---

<sup>72</sup> Klaus Mammach, Widerstand 1933-1939, Köln 1984, S. 65 ff. sowie Lothar Meinzer, Ludwigshafen am Rhein und die Pfalz in den ersten Jahren des Dritten Reiches, Ludwigshafen a. R. 1991, S. 161 f.

<sup>73</sup> Franz Josef Furtwängler, ÖTV. Die Geschichte einer Gewerkschaft, Stuttgart, S. 591 ff. und Meinzer (wie Anm. 74), S. 162 ff.

<sup>74</sup> Dieter Schiffmann, Von der Revolution zum Neunstundentag. Arbeit und Konflikt bei BASF 1918-1924, Frankfurt a. M. / New York 1983, S. 379 f.

weiter den Weg der gegenseitigen Konfrontation: Im Vorfeld der preußischen Landtagswahlen am 24. April 1932 ließ der sozialdemokratische Innenminister Severing nicht nur die Wohnungen von Mitgliedern des Kampfbundes gegen den Faschismus – die wesentlich schwächere Nachfolgeorganisation des Roten Frontkämpferbundes – sondern auch von Mitgliedern der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit durchsuchen.<sup>75</sup> Dass sich die KG anschließend der von der KPD am 26. Mai 1932 ausgerufenen Antifaschistischen Aktion anschloss, verstärkte nur noch die Parallelstrukturen innerhalb der Arbeiterbewegung und des Arbeitersports. Entsprechend war der am 26. Juni 1932 auch in Ludwigshafen begangene 12. Reichsarbeitersporttag nur noch eine rein sozialdemokratische Veranstaltung – die kommunistisch dominierten Freien Turner Mundenheim waren inzwischen aus dem Kartell der Arbeitervereine ausgeschieden und dafür das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Mitglied geworden.<sup>76</sup> Als nach dem „Preußenschlag“ der Regierung Papen am 20. Juli 1932 deutlich war, dass die Sozialdemokratie selbst in dieser Extremsituation an ihrem Kurs des „Legalismus“ festhalten würde, vollzog sich auch in den Kreisen des Arbeitersports eine tiefe Resignation. Beispielhaft hierfür sei der Verband der Vereine für Volksgesundheit (VVg) genannt, der in seinem sehr populären Licht- und Luftbad an der Blies auch die Freikörperkultur praktizierte – als das „Kabinett der Barone“ am 18. August 1932 das *öffentliche Nacktbaden oder Baden in anstößiger Kleidung* mit einer Geldstrafe belegte, blieb der Protest schwach und man machte von sich aus Konzessionen – die Mitglieder zogen sich nun bei gymnastischen Übungen Badehosen über.<sup>77</sup> Wie wenig man auch in der Agglomeration Ludwigshafen – dem Zentrum der pfälzischen Arbeiterbewegung und seines Arbeitersports – sich tatsächlich auf den jahrzehntelang trainierten Klassenkampf vorbereitet hatte, zeigen die letzten Einträge in den Protokollbüchern: Der Vorstand (*Engere Turnerrat*) der Freien Turnerschaft Lambrecht tagte zum letzten Mal vom 24. Januar 1933 und beschloss die sozialdemokratische „Pfälzische Post“ zu verklagen, weil diese die Freie Turnerschaft Lambrecht bezichtigte, mit dem *roten Sport in Neustadt in enger Verbindungen zu stehen* und bereite ansonsten die Faschingskampagne 1933 vor!<sup>78</sup> Das Freie Sportkartell Edigheim tagte zum letzten Mal genau am 30. Januar 1933 und beschloss lediglich die Anschaffung eines Vervielfältigungsapparates.<sup>79</sup> Mit dem Verbot der Freien Gewerkschaften am 2. Mai 1933 erfolgte auch die Auflösung sämtlicher Arbeitervereine. Betroffenen hiervon waren allein im damaligen Stadtgebiet von Ludwigshafen bis 1935 mindestens 75 „marxistische“ Vereine, darunter 44 Arbeitersportvereine<sup>80</sup> mit 4.493 Ende 1932 im Kartell der Arbeitervereine organisierte Arbeitersportler.<sup>81</sup>

## Biographischer Anhang

Baumgärtner, Fritz: Geboren am 14. März 1897 in Dielkirchen. Metallarbeiter. 1919 USPD, 1920 Mitglied der KPD. 1922 Mitglied im Arbeiterrat der BASF. Nach seiner politisch motivierten Entlassung durch die BASF war er von 1923 bis 1925 Geschäftsführer des kommunistischen Industrieverbandes Chemie. 1924 in den bayerischen Landtag gewählt, 1926-1928 Politischer Leiter des Bezirkes Pfalz der KPD, 1928 Parteiausschluss.

---

<sup>75</sup> Freiheit - Tageszeitung für Rheinland und Westfalen, Sonderausgabe zur Landtagswahl 1932.

<sup>76</sup> StALu, ZR I, Nr. 6503/12.

<sup>77</sup> F. Walter/ C. Regin, Der „Verband für Volksgesundheit“, in: F. Walter/ V. Denecke/ C. Regin (Hgg.), Sozialistische Gesundheits- und Lebensreformverbände, Bonn 1991, S. 51-52.

<sup>78</sup> StALu, PGV 23, Nr. 8 (Protokollbuch für die Freie Turnerschaft e.V. Lambrecht 1930-1933).

<sup>79</sup> StALu, N 2, Nr. 156 (Protokollbuch für das Freie Sportkartell Edigheim 1926-1933).

<sup>80</sup> Meinzer (wie Anm. 67), S. 169 f.

<sup>81</sup> StALu, Le 1.

Anschließend Angehöriger der linken kommunistischen Opposition in der Pfalz, die sich jedoch 1929 von Baumgärtner trennte. 1930 bei der Firma Gebr. Sulzer als Metallarbeiter beschäftigt. 1931 in Folge der Wirtschaftskrise entlassen. Wiederaufnahme in die KPD und bis 1933 für die RGO tätig. Zwischen 1933 und 1945 ständige Verfolgung: 1933 Schutzhaft, KZ-Haft in Dachau, anschließend 18 Monate Gefängnis. Am 17. Mai 1936 entlassen. Bis Juli 1939 als Metallarbeiter wieder bei der Firma Gebr. Sulzer beschäftigt, anschließend bei der Firma Lanz. Dort politisch gemaßregelt. Ende August 1939 bis April 1940 Militärdienst. Anschließend bis 1945 bei der Firma Sulzer als Schlosser tätig. Im Juni 1944 erneut in Schutzhaft und 1945 kurz vor dem Einmarsch der Amerikaner Verfolgung durch die SS. 1945 Erster Bezirksvorsitzender der pfälzischen KPD, Mitglied der pfälzischen Bezirksleitung bis 1948, 1945/46 Mitglied im Beirat der Stadt Ludwigshafen, 1946 Mitbegründer der KP Hessen-Pfalz und Mitglied der engeren Landesleitung. 1946-1952 Mitglied des Stadtrates Ludwigshafen, 1946/47 MdBLV Rheinland-Pfalz, 1947 Mitglied des Landesvorstandes Rheinland-Pfalz der KPD und bis 1948 des Sekretariats des Landesvorstandes, 1947-1951 MdL Rheinland-Pfalz, 1949 Kandidat zum Bundestag im Wahlkreis Zweibrücken-Pirmasens-Bergzabern, 1950 Mitglied des Bezirkstages Pfalz. Am 19. Februar 1951 Austritt aus der KPD. Ab 1945 Betriebsratsvorsitzender bei der Firma Halberg in Ludwigshafen sowie Sekretär und dann bis zu seinem Tod Landesvorsitzender der IG Metall in Rheinland-Pfalz. Baumgärtner starb am 10. April 1957 in Ludwigshafen<sup>82</sup>.

Fischer, Karl: Geboren am 22. September 1877 in Ludwigshafen. Ausbildung zum Dreher bei den Lux-Werken. 1897 DMV. 1898 SPD. Fischer war zunächst vor allem gewerkschaftlich aktiv; u.a. ab 1903 als Vorsitzender des DMV Ludwigshafen sowie ab 1906 als hauptamtlicher Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes; weiterhin Aufsichtsratsvorsitzender des Konsumvereins sowie Vorsitzender des Gewerkschaftskartells. Von 1914 bis 1917 Militärdienst. Seit 1918 Mitglied im Stadtrat wurde er 1920 zum SPD-Fraktionsvorsitzenden und in den pfälzischen Bezirksvorstand seiner Partei gewählt. 1923 wurde er neun Monate von den Franzosen inhaftiert und anschließend aus der Pfalz ausgewiesen. 1924 Vorsitzender des ADGB in Ludwigshafen, ab 1928 MdL Bayern. Vom 2. April bis 30. April 1933 wurde er in „Schutzhaft“ genommen, danach ständig überwacht und verfolgt, war er bis 1940 arbeitslos. Vom 17. August bis 13. September 1944 erneut inhaftiert. Am 27. April 1945 wurde er von den Amerikanern als Vertreter der Sozialdemokratie in den 16 Mitglieder umfassenden Beirat der Stadt Ludwigshafen berufen. Anschließend beteiligte er sich am Wiederaufbau von SPD und Gewerkschaften und wurde am 22. Mai 1945 Vorsitzender des FDGB sowie am 18. Dezember 1945 stellvertretender Vorsitzenden des Industrieverbandes Metall; anschließend wieder dessen Geschäftsführer. Am 29. März 1946 wurde ein neues Bürgerkomitee aus 30 Mitgliedern gebildet, dem Fischer ebenfalls angehörte. Ab September 1946 erneut Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion. 1947/48 stellvertretender Gewerkschaftskartellvorsitzender in Ludwigshafen. Karl Fischer starb nach langer Krankheit am 25. Februar 1950 in Ludwigshafen.<sup>83</sup>

Will, Edwin: Geboren am 10. Oktober 1893 in Ludwigshafen als Sohn eines Schneiders, verheiratet, katholisch, später konfessionslos. Absolvierte nach der Volksschule eine metallverarbeitende Lehre. Arbeitete seit 1910 bei der Stadt Ludwigshafen als Mechaniker. Seit 1911 Mitglied des „Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter“ (VGS). 1913 zum Militär eingezogen.kehrte 1915 mit einem Bauchschuß schwer verwundet nach Ludwigshafen zurück. 1916 Übernahme als Arbeiter bei den Städtischen Wasserwerken

---

<sup>82</sup> Klaus J. Becker, Fritz Baumgärtner, in: Becker (wie Anm. 70). S. 417

<sup>83</sup> Klaus J. Becker, Karl Fischer, in: Stefan Mörz/ Klaus J. Becker (Hgg.), Geschichte der Stadt Ludwigshafen am Rhein. Band 2, S. 425.

Ludwigshafen. Trat 1915 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei. 1920 zum Betriebsratsmitglied bei der Stadtverwaltung Ludwigshafen gewählt. Seit 1922 Betriebsratsvorsitzender der städtischen Betriebe Ludwigshafen. Von 1924 bis 1928 Vorsitzender der Filiale Ludwigshafen des VGS; in dieser Eigenschaft Mitglied des Ortskartells des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Seit 1925 SPD-Abgeordneter im Kreistag Ludwigshafen, ferner Vorstandsmitglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse und der örtlichen Organisation des „Zentralverbandes der Konsumgenossenschaften“. Machte sich auf dem 10. Verbandstag seiner Gewerkschaft 1925 in Frankfurt am Main für eine angemessene Bezahlung der hauptamtlichen Funktionäre stark. Seit 1927 Mitglied des Verbandsbeirates, dem höchsten Gremium der Organisation zwischen den Verbandstagen. Im Jahr 1928 als Sekretär des Bezirks Berlin Brandenburg hauptamtlich angestellt. Als Bildungssekretär arbeitete er bis 1929 an der Gewerkschaftsschule des Verbandes in Buckow bei Berlin, deren Bildungsarbeit innerhalb der freien Gewerkschaftsbewegung als vorbildlich galt. Mit der Delegation des Bildungsauftrages an die neugegründete ADGB-Schule in Bernau mußte auch Wills Aufgabengebiet neu bestimmt werden. Von 1929 bis 1930 hauptamtlicher Sekretär des Verbandes im Bezirk Schlesien in Breslau. Seit April 1930 von der Organisation (seit 1930: Gesamtverband) nach Frankfurt am Main delegiert. 1933 entlassen, für 2 Wochen in Schutzhaft genommen.kehrte im August 1933 nach Ludwigshafen zurück. Will stand bis 1936 unter verschärfter Polizeiaufsicht, jedwede Arbeit wurde ihm verwehrt. Verdiente sich als Vertreter seinen kargen Lebensunterhalt. Von 1940 bis 1945 zum kasernierten Luftschutz eingezogen. Will gehörte zu dem Kreis verfolgter Gewerkschafter, die sich im März 1945 trafen, um über die kommende Gewerkschaftspolitik zu beraten. Ein aus diesem Zirkel gebildetes Komitee unterbreitete den amerikanischen Militärbehörden Anfang Mai 1945 ein Gründungsgesuch für einen Gewerkschaftsbund samt Satzung und Organisationsplan. Am 22. Mai 1945 wurde Will von 62 Gewerkschaftsdelegierten zum Vorstandsmitglied des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes Ortsausschuß Ludwigshafen (FDGB)“ gewählt. Der Gewerkschaftsbund war als zentralistische Einheitsgewerkschaft konzipiert. Am 19. Dezember 1945 konstituierte sich auf einer Gründungsversammlung unter Edwin Wills Leitung der Industrieverband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, dem zunächst nur Arbeiter beitreten durften, weil die französischen Militärbehörden, die nun die Stadt in Besitz genommen hatten, den Angestellten und Beamten des öffentlichen Sektors jede gewerkschaftliche Organisation untersagten. Seit dem 2. Juli 1946 Mitglied des vorbereitenden Ausschusses zur Gründung der „Gewerkschaft Öffentlicher Betriebe und Verwaltungen“ in Rheinland-Pfalz; am 16. April 1947 zum 1. Vorsitzenden der Landesgewerkschaft gewählt (1947: 22 000 Mitglieder). Mit dieser Wahl wurde auch die dominierende Position der Ludwigshafener Gewerkschafter bei den überregionalen Zusammenschlüssen im Lande unterstrichen. Am 2. und 3. Mai 1947 traten in Mainz 183 Delegierte zur Gründung des „Allgemeinen Gewerkschaftsbundes Rheinland-Pfalz“ (AGB Rheinland-Pfalz) zusammen. Wahl Wills als Beisitzer in den Bundesvorstand. Auf der Tagung vom 28. bis 29. Mai 1947 als Beisitzer bestätigt. Als allseits akzeptierter Funktionär „überlebte“ Will 1947 den „Machtwechsel“ im FDGB Ludwigshafen von einer sozialdemokratischen hin zu einer kommunistischen Mehrheit. 1948 mit dem drittbesten Ergebnis aller abgegebenen Delegiertenstimmen wieder in den lokalen (sozialdemokratisch dominierten) Vorstand gewählt. Eine zentrale Forderung Wills auf dem 1. Verbandstag 1947, die Kolleginnen und Kollegen des Transport- und Verkehrswesens in seine Gewerkschaft zu integrieren, konnten bis 1949 nicht realisiert werden, da die französische Besatzungsmacht die Bildung eines großen Industrieverbandes untersagte. In einer komplizierten Situation, die den führenden Gewerkschaftern nur wenig Spielräume ermöglichte, suchte Will durch die Schaffung neuer Tarifverträge, einer besseren Arbeits- und Urlaubsregelung für Arbeiter sowie durch Forderungen nach einer verbesserten Pensions- und Zusatzversorgung für

Beamte einen größeren Aktionsradius zu erreichen. Spätestens 1948 war bei Will eine deutliche Radikalisierung zu verzeichnen; als Leiter der „Hungerdemonstrationen“ in Ludwigshafen und Mitglied des großen Ernährungsausschusses Rheinland-Pfalz stellte er sich an die Spitze einer populistischen Volksbewegung. Einstimmige Wiederwahl auf dem Verbandstag der „Gewerkschaft Öffentliche Betriebe und Verwaltungen“ in Mainz am 23. März 1948, auf der er für die Arbeitnehmer in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen zusätzlich Nahrungsmittel als Kompensation forderte. Übte gleichzeitig scharfe Kritik am herrschenden Entnazifizierungsverfahren und gab programmatisch die gewerkschaftliche Leitlinie vor. („Den Nominellen reichen wir die Hand, den Belasteten dagegen gilt unser Kampf“.) Will gehörte zu den uneingeschränkten Fürsprechern eines überzonalen gewerkschaftlichen Zusammenschlusses. Im April 1947 auf der Interzonenkonferenz der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Oberursel für Rheinland-Pfalz in den Interzonenausschuß (mit Sitz in Stuttgart) gewählt, der die Lohn- und Tarifpolitik zentral koordinieren sollte. Auf der Delegiertenkonferenz der „Gewerkschaft Öffentliche Betriebe und Verwaltungen“ am 8. Januar 1949 zum Delegierten für den „Vereinigungsverbandstag der Gewerkschaften der Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes, Transport und Verkehr“ vom 28. bis 30. Januar 1949 in Stuttgart gewählt. Will nahm am Verschmelzungsverbandstag teil, obgleich die Militärregierung einen Tag vor Sitzungsbeginn den Delegierten aus ihrer Zone untersagt hatte, sich aktiv zu beteiligen. Demonstrativ zu einem der Beisitzer auf dem Vereinigungsverbandstag gewählt. Brachte den „Willen zur Vereinigung“ der Mitgliedschaft der französischen Zone zum Ausdruck. In den Hauptvorstand der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr gewählt. Auf der Bezirkskonferenz im Dezember 1949 zum ersten Bezirksleiter der Gewerkschaft ÖTV von Rheinland-Pfalz gewählt; als letzter Bezirk konnte Rheinland-Pfalz zum 1. Oktober 1950 verwaltungsmäßig und kassentechnisch integriert werden. Seit Gründung Mitglied des Vorstandes des Bezirks Rheinland-Pfalz des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Gesellschafter der Vermögensverwaltung der Gewerkschaft ÖTV GmbH. Wiederwahl als Bezirksleiter und Mitglied des Hauptvorstandes der ÖTV 1958. Mitglied der Großen Tarifkommission und des Beirates. Ende 1958 schied Will aus dem Dienst der Gewerkschaft ÖTV aus. Sein sozialpolitisches Engagement blieb als „Rentner“ ungebrochen. Bis 1965 wirkte er als Landesarbeitsrichter in Mainz und als Sozialrichter in Speyer. Bis 1970 Bundesvorsitzender des Zentralverbandes der Sozialversicherten, Rentner und deren Hinterbliebenen und Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz. Will starb am 6. November 1975 in Ludwigshafen.<sup>84</sup>

---

<sup>84</sup> Klaus J. Becker, Edwin Will, in: Lothar Plogsties (Hg.), 100 Jahre ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Band 2, Ludwigshafen am Rhein 2000, S. 196-199.